

Erklärung von Johannes Voggenhuber zur Unterzeichnung des Abkommens über den EWR (12. Mai 1992)

Legende: Am 12. Mai 1992 kritisiert Johannes Voggenhuber, Sprecher der Grünen im österreichischen Nationalrat, die Mitgliedschaft Österreichs im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und legt dessen Risiken dar.

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates des Republik Österreich. XVIII.; 68. Sitzung. 12.05.1992. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_johannes_voggenhuber_zur_unterzeichnung_des_abkommens_uber_den_ewr_12_mai_1992-de-88fea674-f774-432e-ac0a-999d4438af3e.html

Publication date: 06/09/2012

Erklärung von Johannes Voggenhuber zur Unterzeichnung des Abkommens über den EWR (12. Mai 1992)

Abgeordneter Voggenhuber (Grüne): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich beobachte schon seit einigen Monaten einen seltsamen Stimmungsbruch in diesem Haus, sobald die Regierung zu Jubelliedern über ihre Integrationspolitik anhebt. Von ihr kommen die hohen Töne der Erfolge, des Durchbruchs, und im Haus herrscht meist lähmende Stille, selbst die Hände der Abgeordneten der befreundeten Fraktionen heben sich kaum. Ich denke, es hat damit zu tun, daß man in den Reihen der Abgeordneten wie in den Reihen der Bevölkerung seit ein paar Monaten langsam, aber sicher begreift, um welche historische Fehlkonstruktion es sich bei diesem Europäischen Wirtschaftsraum handelt. *(Abg. Resch: Der Voggenhuber weiß es ganz genau! Der einzige, der es genau weiß!)*

Der Stimmungsbruch, der in diesem Haus jedesmal bei einer EG-Debatte oder EWR-Debatte zu erleben ist, kommt mir so vor, als würde jemand Bauern ein Dromedar als Haflinger verkaufen wollen. *(Abg. Dr. Nowotny: Ein schöner Vergleich.)* Da würde wahrscheinlich dasselbe Staunen ausbrechen. Nachher würde allerdings der Zorn dieser Bauern über denjenigen kommen, aber der Zorn der Betroffenen wird auch wegen Ihrer EWR- und EG-Politik über Sie kommen.

Meine Damen und Herren! Bevor wir bewerten, was dieser EWR eigentlich ist, was er für Österreich bedeutet und ob er ein Erfolg dieser Regierung ist, wie Herr Minister Schüssel meint, oder nicht, will ich doch die Ausgangspositionen der Verhandlungen beleuchten.

1984 wurde in Luxemburg die gemeinsame Absicht erklärt, zu einer umfassenden Partnerschaft der EFTA-Staaten mit der EG zu kommen, eine gemeinsame Freihandelszone mit selben Rechten und Pflichten anzustreben. Die EFTA-Staaten und vor allem Österreich waren, was die Verwirklichung dieser Luxemburger Erklärung anbelangt, außerordentlich säumig bis desinteressiert.

1989 war es der EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, der in seiner berühmten Rede vor dem EG-Parlament den EFTA-Staaten eine strukturierte Zusammenarbeit, eine europäische Partnerschaft, einen europäischen Zusammenschluß mit gemeinsamen Entscheidungs- und Verwaltungsorganen angeboten hat. *(Präsidentin Dr. Heide Schmidt übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Das war die Voraussetzung der Bundesregierung, das war die Verhandlungsposition, das war das Angebot der EG. Die EFTA-Staaten und ganz zentral Österreich — wer seine Verhandlungsrolle verfolgt hat, kann das bestätigen — haben dieses Angebot in einer kaum begreiflichen Weise verspielt. Heute ist von dieser Ausgangsposition einer europäischen Partnerschaft mit gemeinsamen Entscheidungs- und Verwaltungsorganen keine Rede mehr.

Meine Damen und Herren! Von europäischen Partnern zu Satelliten der EG! — So muß man die Verhandlungen und das Verhandlungsergebnis dieser Regierung überschreiben. Österreich ist von einem möglichen Partner zu einem Satelliten der EG geworden. Es gibt keine gemeinsamen Organe, es gibt keine Partnerschaft, das EG-Recht, also fremdes Recht, ist von uns zu übernehmen, EG-Rechtsprechung, also fremde Richter, haben wir als demokratisches Land anzuerkennen. Es ist kein gemeinsames Haus geschaffen worden, sondern ein Herrenhaus mit Domestikenunterkünften. Die „Neue Zürcher Zeitung“ nannte das die „legalisierte Hegemonie“, andere haben es als „Satellitisierung der EFTA“ bezeichnet.

Ich glaube, jeder kühle Beobachter, Herr Bundeskanzler — wenn schon von einer kühlen Beobachtung hier die Rede war, ich lasse mich gerne auf Ihre Aufforderung ein —, kann doch nicht umhin, festzustellen, daß hier nicht eine Freihandelszone, sondern ein politisches ökonomisches System mit einem absoluten Zentrum und mit Satelliten im Anhang, zu denen wir gehören, entstanden ist. Diese Verhandlungen Österreichs, eine europäische Partnerschaft mit der EG anzustreben, sind gescheitert. Es gibt keine ebenbürtige Stellung der EFTA-Staaten, keine Mitwirkung an der Gesetzgebung, keine unabhängige Rechtsprechung.

Sehr bald nach Beginn dieser Verhandlungen tauchte das Erfordernis des Opting outs auf, weil man sehr schnell festgestellt hat, daß vieles, was von diesem Wachstumsprojekt des Binnenmarktes auf uns zukommt,

die nationalen Interessen Österreichs auf das schwerste schädigen würde. Es gab einen allgemeinen Konsens in der Bevölkerung und in der Politik, ein solches Opting out für einige Bereiche zu fordern und anzustreben.

Meine Damen und Herren! Das war die zweite Voraussetzung dieser Bundesregierung, bei den Verhandlungen über diesen EWR gegenüber dem künftigen EG-Recht ein Opting out, ein Recht auf generelle Ausnahmen, zu erwirken. Auch dieses zweite Verhandlungsziel wurde nicht erreicht, und auch hier ist zu konstatieren, daß Österreich — ohne jede Solidarität gegenüber anderen EFTA-Staaten — für dieses Scheitern die Hauptverantwortung trägt.

Meine Damen und Herren! Der Europäische Wirtschaftsraum ist nicht die Antwort auf die Herausforderung supranationaler Zusammenarbeit, nicht das Mittel gegen die Ökologiekrise, gegen das soziale Ungleichgewicht in Europa, nicht das Mittel für den Frieden, für die Aussöhnung mit der Dritten Welt. Es ist kein fortschrittliches Projekt, es ist ein rückwärtsgewandtes, ein reaktionäres Projekt, das die Grenzen des Wachstums, die wir nun 20 Jahre debattiert haben, leugnet, es nimmt die politische und ökonomische Position der sechziger Jahre wieder ein. Es ist nicht die Annahme einer europäischen Herausforderung, sondern die Flucht vor der europäischen Herausforderung. Es ist der Zusammenschluß zum größten historischen Wachstumsprojekt in der europäischen Geschichte und nicht eine Allianz für den demokratischen Fortschritt und nicht eine Allianz für den ökologischen Fortschritt und nicht eine Allianz für den Fortschritt des Friedens.

Da möchte ich etwas einschalten, Herr Außenminister: Es ist wohl einmalig und bezeichnet wirklich die gespenstische Situation, in der wir uns heute in der EG-Debatte befinden, wenn der Außenminister dieser Republik einen Großteil seines Berichtes der europäischen Sicherheitspolitik widmet, ohne die österreichische Neutralität auch nur mit einem einzigen Wort zu nennen. Das, glaube ich, ist einzigartig in der politischen Kultur dieses Landes! *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber es zeigt, meine Damen und Herren, daß es mitnichten um eine europäische Herausforderung geht, sondern daß Sie sich auf der Kriechspur nach Brüssel bewegen, daß Sie nicht mitwirken wollen an einer europäischen, ökologischen, demokratischen, sozialen und friedlichen Allianz, sondern daß Sie die Unterwerfung unter die EG gewählt haben, und zwar nicht, Herr Minister Schüssel, als politische Offensive, sondern als Flucht vor Ihrer eigenen Reformunfähigkeit, vor der politischen Lähmung, in die Sie dieses Land versetzt haben, weil Sie in der Bevölkerung längst nicht mehr die politische und soziale Akzeptanz haben, um die notwendigen Reformen selbst durchzuführen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das ist, glaube ich, der nüchterne Sachverhalt hinter diesen Jubelberichten. Statt Partnern sind wir zu Satelliten der EG geworden, und statt eine Umweltallianz in Europa zu errichten, installieren wir das größte ökonomische Wachstumsprojekt seiner Geschichte.

Seine Instrumente — die Deregulierung, der j verschärfte Wettbewerb, die internationale Arbeitsteilung, die explodierende Mobilität, der explodierende Energieverbrauch, der Einsatz neuer gefährlicher Technologien —, meine Damen und Herren, sind nicht die Ingredienzen, nicht die Bausteine, mit denen man ein neues Europa schaffen kann, sondern das sind genau die Ingredienzen und die Bausteine, aus denen die ökologische Krise dieses Kontinents besteht, und die wir auch mit diesem Europäischen Wirtschaftsraum weiter beschleunigt werden. Meine Damen und Herren! In den Sog dieses Beschleunigungsschubes von Umweltzerstörung, von Demokratieabbau, von sozialer Deregulierung geraten wir jetzt.

Meine Damen und Herren! Ein drittes ist geschehen: Statt der von Kreisky beschworenen Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie — eine damals nicht erfüllte Herausforderung und eine heute überhaupt nicht mehr gesehene Herausforderung in Ihren Reihen — erleben wir einen beispiellosen Abbau von Demokratie.

Es ist nicht hinnehmbar bei kühler Betrachtung, wie in der EG Recht entsteht: ohne demokratische Legitimation. Einer Art zentraler Zwangsverwaltung stehen Parlamente gegenüber, die im besten Falle gerade noch eine Notariatsfunktion innehaben.

Dieser Abbau von Demokratie in der EG ist aber nur eine Seite. Die andere ist — und das halte ich für ein historisches Verschulden der etablierten Parteien in Österreich — die Verweigerung einer Volksabstimmung zum Europäischen Wirtschaftsraum.

Meine Damen und Herren! Wie immer Sie zu dem Europäischen Wirtschaftsraum stehen, was immer Sie zu unserer Kritik zu sagen haben, weiche Perspektiven und Hoffnungen Sie auch darein setzen, in einem sind wir uns einig: daß dieser Europäische Wirtschaftsraum eine irreversible politische Entscheidung für die Zukunft dieses Landes darstellt. Und ich hoffte und dachte, daß dieser Konsens beinhaltet, daß niemand in Österreich, außer der Bevölkerung selbst, das Recht hat, Österreich in diesen Wirtschaftsraum einzubringen, und das erfordert eine Volksabstimmung. Das, dachte ich, wäre ein demokratischer Grundkonsens in diesem Land. Ich stelle fest, daß er nicht mehr existiert, daß er zerbrochen wurde. (*Abg. Schieder: Vielleicht war dieser nie vorhanden!*)

Vielleicht haben wir den Konsens nie gehabt, daß wir in diesem Land einen Souverän haben, der nicht Regierung heißt, sondern Volk. Vielleicht haben wir diesen Konsens nie gehabt. Es mag sein, Herr Schieder, daß das ein Irrtum meinerseits ist. (*Abg. Schieder: Ich erkläre Ihnen das nachher!*) Herr Schieder! Erklären Sie doch einmal den Österreicherinnen und Österreichern, daß Sie in den EWR gehen wollen ohne Volksabstimmung, ohne das Volk zu fragen.

Ich bin auch gespannt, wie es der Herr Bundesparteiobermann der FPÖ, der die demokratische Erneuerung des Landes auf seine Fahnen geschrieben hat, der Bevölkerung sagen wird, warum er sie nicht abstimmen läßt über einen der wichtigsten politischen Schritte der Zukunft.

Völlig gleichgültig, wie wir zu diesem Thema stehen, ist es das Gebot einer demokratischen Kultur, in einer solchen Frage das Volk entscheiden zu lassen. Warum Sie es nicht tun, liegt auf der Hand, meine Damen und Herren: Weil Sie genau wissen, daß Sie den EWR-Vertrag unterzeichnen und ratifizieren nicht nur ohne das Volk, sondern gegen das Volk. Weil Sie ganz genau wissen, daß Sie die Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen für diesen Schritt nicht hinter sich haben. Und Sie glauben, Sie können sich auch die Mühe ersparen. Ihre Kalkulation ist klar. (*Abg. Marizzi: Woher wissen Sie das?*)

Gehen Sie doch das Risiko ein, wie es die Demokratie verlangt! Aber Sie wissen ganz genau, wie die Schweizer ökonomischen und politischen Eliten vor dem Ausgang der dortigen Volksabstimmung zittern, die wahrscheinlich ähnlich wie in Österreich verlaufen wird. Sie verweigern der Bevölkerung, daß sie Ihrem großen Zukunftsprojekt zustimmen oder es ablehnen kann, das Sie hier in schillernden Farben vorsteilen. Sie verweigern der Bevölkerung eine Entscheidung über die eigene Zukunft.

Das, meine Damen und Herren, zum demokratiepolitischen Konsens. Eine Frage werden Sie außerdem noch zu beantworten haben — und ich weiß nicht, wie Sie das Risiko verantworten wollen —: ob das ein Verfassungsbruch ist. Der EWR greift nach unserer Auffassung tief in demokratische und verfassungsrechtliche Grundprinzipien ein (*Abg. Kuba: Ihre Auffassung muß ja nicht stimmen!*), macht eine umfassende Änderung der Bundesverfassung notwendig und ist daher einer Volksabstimmung zu unterziehen. (*Abg. Schieder: Wahrscheinlich kommen jetzt gleich noch die apokalyptischen Reiter!*)

Meine Damen und Herren! Falls Sie den Verfassungsgerichtshof als apokalyptischen Reiter anschauen, kann ich Ihnen sagen: Es mag schon sein, daß er Ihnen bei der häufigen Aufhebung Ihrer politischen Entscheidungen der letzten Jahre des öfteren als apokalyptischer Reiter erschienen ist. Aber an sich hoffe ich, daß diese Frage dort noch geklärt werden kann.

Ich halte es für ein historisches Verschulden Ihrer Parteien, wenn Sie der österreichischen Bevölkerung dieses Grundrecht, die eigene Zukunft zu bestimmen, absprechen. Und Ihre Rechnung ist völlig offenkundig. Sie wollen bei der EG-Abstimmung folgendes erreicht haben: Sie setzen die Österreicherinnen und Österreicher ungefragt in einen Zug, in den sie nicht einsteigen wollen, danach fragen Sie sie gar nicht. (*Abg. Schieder: Einmal sind Sie für die Schiene, dann sind Sie wieder dagegen!*) Und wenn dieser Zug 160 km/h erreicht hat, Herr Schieder, dann machen Sie die Tür auf und sagen den Österreichern: Wenn ihr

rausspringen wollt, dann könnt ihr ruhig rausspringen. (*Abg. Schieder: Bei den ÖBB öffnen sich die Türen bei 160 km/h nicht! Sie sind gesichert!*) Das ist Ihre Strategie. Sie wollen nicht den Konsens in der Bevölkerung, Sie wollen nicht das Votum des Souveräns in diesem Land, sondern Sie wollen die österreichische Bevölkerung in diesen EWR zwingen.

Dementsprechend lassen sich auch die einzelnen Verhandlungsschritte als chronische Preisgabe nationaler Interessen darstellen. Ich habe das schon für die Frage der europäischen Partnerschaft, ich habe das schon für die Frage der demokratischen Prinzipien, für das Opting out, für die unabhängige Rechtsprechung, für die autonome Rechtssetzung festgestellt. Der Transit war am Vormittag ein weiteres solches Thema, bei dem Sie ganz eindeutig für diese Flucht aus der politischen Verantwortung nationale Interessen Österreichs preisgeben. (*Beifall bei den Grünen.*)

Meine Damen und Herren! Grund und Boden ist das nächste Thema. Wer die Auseinandersetzungen in den westlichen Bundesländern verfolgt hat, den massiven Druck der betroffenen Bevölkerung auf die Landesparlamente und auf die Landesregierungen, wer verfolgt hat, welche Versprechungen die Landeshauptleute von Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten abgegeben haben und was heute noch davon übriggeblieben ist, meine Damen und Herren, der hat einen ersten Vorgeschmack auf das, was Sie bei den Verhandlungen mit der EG erreichen werden und wie Sie sich dort verhalten werden.

Ich könnte Ihnen gerne — aber ich erspare Ihnen das heute — eine Liste von Presseaussendungen und Erklärungen der Landeshauptleute vorlegen. Sie haben alle beschworen, daß sie nicht nur den Zweitwohnungsbau einschränken werden, sondern daß sie ein umfassendes Regelungswerk verabschieden wollen, das bis zu Eintrittsrechten der örtlichen Bauernschaft bei Grundtransfers in der Landwirtschaft geht, das bis zu Vorkaufsrechten für die Gemeinden und für den sozialen Wohnbau geht. Da wurden noch ganz andere Modelle beschworen vor der Bevölkerung, um die Kritik am Europäischen Wirtschaftsraum abzubauen.

Und dann erleben wir das Hearing im Verfassungsausschuß, und dieselben Landeshauptleute wußten dort von all ihren dokumentierten Versprechungen plötzlich gar nichts mehr und erklärten dort allen Ernstes — Raumplanung ist ja in diesem Ausschuß von mehreren Rednern sogar als Kommunismus bezeichnet worden —, daß sie nur den Zweitwohnungsbau einschränken werden. Und sie haben vorher auch in den Bundesländern versprochen, daß sie die Umgehungspraktiken unmöglich machen. Herr Abgeordneter Khol! Ich sage das auch zu Ihnen, weil Sie gemeint haben, das hier als Fortschritt feiern zu müssen.

Eines der größten Probleme der Siedlungstätigkeit dieses Landes ist die permanente, chronische, breite Umgehung des Grund- und Bodenrechtes. Und Sie haben es mit Ihrer Ausklammerung des zivilrechtlichen Verfahrens unmöglich gemacht, daß man Umgehungen nachträglich wieder rückgängig machen kann. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Khol: Das Gegenteil ist der Fall!*) Auch das ist eine ungeheure politische Niederlage, Herr Abgeordneter Khol. Der Herr Abgeordnete Graff ist wahrscheinlich deshalb so glücklich, weil Sie, wie Sie behaupten, genau das Gegenteil erreicht haben.

Und ich erspare es mir, Ihnen heute zum x-ten Mal die Umweltprognosen dieses EWR vorzulegen, meine Damen und Herren. Erklären Sie doch den Österreicherinnen und Österreichern endlich, warum diese großartige Umweltallianz nach eigenen Prognosen in den nächsten Jahren auf allen zentralen Feldern des Umweltschutzes weitere verheerende Zerstörungen anrichten wird! Die Luftschadstoffe werden weiter steigen, der Energieverbrauch wird weiter steigen, das Verkehrsaufkommen wird um 45 Prozent steigen. Meine Damen und Herren! So könnte ich endlos fortfahren, indem ich nur die Prognosen der EG hier zitiere, nur das, was diese angebliche Umweltallianz in den nächsten Jahren in Europa anrichten wird. Und Sie wissen das. Und Sie wissen, daß durchaus die Gefahr bestünde, daß Ihnen die österreichische Bevölkerung für einen solchen Begriff von Europa die Gefolgschaft verweigert.

Was verhandeln Sie eigentlich mit der EG? Das wird ja in Ihren Beamten- und Diplomatenkreisen immer offener gehandelt. Sagen Sie doch endlich den Österreicherinnen und Österreichern, daß Sie nicht vorhaben, mit der EG über etwas Handfestes zu verhandeln, nicht über eine Reform der EG, nicht über eine gemeinsame Zukunft, nicht über unsere Konzepte für dieses Europa, nicht über eine demokratische Reform,

nicht über eine ökologische Allianz! Sie wollen vielmehr ausschließlich über Übergangsbestimmungen verhandeln, und sonst über gar nichts. Und ich fordere Sie hiemit auf, den Österreicherinnen und Österreichern heute zu sagen, ob Sie bereit sind, die EG mit österreichischen Vorstellungen eines europäischen Zusammenschlusses zu konfrontieren und darüber zu verhandeln, oder ob Sie nur bereit sind, über Übergangsbestimmungen bis zu einer Unterwerfung unter alle EG-Regeln zu verhandeln. Sagen Sie das den Österreichern, damit sie wissen, daß wir im EWR von europäischen Partnern zu Satelliten der EG geworden sind, daß wir uns im EWR nicht nur, Statt eine Umweitalliance zu errichten, dem größten ökonomischen Wachstumsprojekt unterworfen haben, daß wir statt einer Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie einen Abbau der Demokratie betreiben, daß wir im EWR nicht nur nationale Interessen preisgegeben haben, sondern daß Sie entschlossen sind, anstelle der europäischen Herausforderung den Kriechgang nach Brüssel zu wählen. *(Beifall beider Grünen.)*